



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/6189, 18/7619

Weibliche Genitalverstümmelung frühzeitig bekämpfen und verhindern

Der Landtag ächtet weibliche Genitalverstümmelung (FMG) an Mädchen und jungen Frauen.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, bis zur Sommerpause 2020 mündlich zu berichten,

- ob und wie je eine Fachberatungsstelle zur Prävention und Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung in den Metropolregionen München und Nürnberg aufgebaut werden kann,
- ob und wie Fortbildungsangebote für Gewaltschutzkoordinatorinnen und -koordinatoren in den ANKER-Einrichtungen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer und Polizei geschaffen werden können, um Betroffene bzw. Gefährdete frühzeitig zu erkennen und FGM zu verhindern,
- wie Training von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die bzw. innerhalb der betroffenen Communities stattfinden kann,
- wie Öffentlichkeitsarbeit (Informationsbroschüren) zu FGM u. a. als schwerwiegende Menschenrechtsverletzung und Straftatbestand in Deutschland in den wichtigsten Herkunftssprachen geleistet werden kann, sowie
- ob und wie das Thema FGM in den Weiterbildungskatalog für Gynäkologie und Geburtshilfe, in den Weiterbildungskatalog für Pädiatrie und in den Prüfungskatalog der Hebammen aufgenommen werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident